

Aus der Landesgeschäftsstelle

- Vesperkirchen-Saison beginnt S. 2
Tausende Ehrenamtliche finden kreative Lösungen für corona-konformen Betrieb
- Welcome Center Sozialwirtschaft erfolgreich S. 3
Wirtschaftsministerium unterstützt Diakonie-Projekt weiter
- Assistierte Ausbildung droht an Qualität zu verlieren S. 4
Diakonie Württemberg kritisiert vergaberechtliche Ausgestaltung
- männlich.jung.geflüchtet S. 5
Die Diakonie begleitet Projekt des Landes
- Austausch zur Sterbehilfe S. 6
Podiumsdiskussion zum Umgang mit dem Lebensende
- Pandemie verdeckt Situation der Opfer von Ausbeutung und Gewalt S. 7
Europäischer Tag gegen Menschenhandel am 18. Oktober
- In Zeiten der Abstandsregel auf den Nächsten achten S. 8
Psychisch Erkrankte leiden besonders unter der Corona-Krise
- Konfirmanden backen Brot für die Welt S. 9
Eröffnung der Aktion „5.000 Brote – Konfis backen Brot für die Welt“
- Kirche muss bauen – muss Kirche bauen? S. 10
Fachtag zu Verantwortung und Aufgaben angesichts der Wohnraumnot

Aus den Regionen

- Die „Pflege am Kloster Denkendorf“ hat Mitte Oktober eröffnet. S. 12
Neue Einrichtung der Evangelischen Altenheimat
- Bündnis-PM zum internationalen Tag der Armut am 17. Oktober S. 13
Armutsgefährdung hat bei Älteren überdurchschnittlich zugenommen
- Austausch zur Stadtteilentwicklung in Mariaberg S. 14
Bereits zum 13. Mal Diskussionsplattform für Einwohner Mariabergs
- „Gute Bilder entwickeln“ S. 16
Diakoniewerk der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinden feiert Beratung und Seelsorge

Kurznachrichten S. 17

Personalnachrichten S. 18

Redaktion: Claudia Mann

Vesperkirchen-Saison beginnt

Am Sonntag, 29. November, beginnt in Baden-Württemberg die Vesperkirchensaison – als erste öffnet die Vesperkirche in Bopfingen ihre Tore.

Stuttgart. Die corona-bedingten Beschränkungen sind eine schwere Belastung für das Konzept der Vesperkirche, das vor allem auf persönliche Begegnung setzt. Trotzdem finden viele Gemeinden Lösungen, mit denen sie auch in diesem Winter arme und benachteiligte Menschen unterstützen können.

So hat zum Beispiel die Kreisdiakonie in Ludwigsburg gemeinsam mit zehn Gastronomen für Januar und Februar eine Vesperkirche to go konzipiert. Andere Wege geht man etwa in Kirchheim unter Teck, wo die Vesperkirche zur persönlichen Einladung nachhause wird, oder in Weingarten, wo die Gemeinde das Angebot räumlich und zeitlich entzerrt.

Landesbischof Dr. h. c. Frank Otfried July würdigt das Engagement: „Vesperkirchen sind unverzichtbar, sie legen den Finger in eine Wunde des Sozialstaats. Gerade in der Pandemie verschärfen sich die sozialen Gegensätze. Als Christen stehen wir klar auf der Seite der Armen und Benachteiligten“, sagt er. „Ich bin den mehreren Tausend Engagierten vor Ort sehr dankbar. Sie setzen sehr viel Zeit, Kraft, Geld und – gerade in dieser Zeit – auch viel Kreativität und Fantasie ein, um denen beizustehen, die Hilfe brauchen.“

Der Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks Württemberg, Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, weist auf die wichtige Funktion der Vesperkirchen hin: „Vesperkirchen verhindern weder Armut noch soziale Ungerechtigkeiten. Sie sind auch keine Suppenküchen. Vesperkirchen sorgen dafür, dass sich Menschen unterschiedlicher Herkunft und Prägung auf Augenhöhe begegnen und jene wahrgenommen werden, die sonst wenig Beachtung finden. Sie bieten Nahrung für Leib und Seele. Und sie mahnen die Politik: Setzt euch stärker für die Armen ein.“

Derzeit sind 25 Vesperkirchen bis Ende März in Baden-Württemberg geplant, neun weniger als vor Corona.

In der letzten Vesperkirchensaison vor Ausbruch der Pandemie (2018/2019) fanden in Baden-Württemberg 34 Vesperkirchen statt, vier davon in Baden. Zwölf der 34 Vesperkirchen wurden ökumenisch organisiert. In den 30 württembergischen Vesperkirchen haben damals rund 6.600 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer an 575 Vesperkirchentagen rund 170.000 Mahlzeiten ausgegeben. Die vergangene Saison (2019/2020) stand schon unter dem Einfluss von Covid-19. Mehrere Vesperkirchen mussten vorzeitig abgebrochen werden oder konnten gar nicht erst stattfinden.

Vesperkirchen bieten bedürftigen Menschen Verpflegung und ein warmes Plätzchen in der kalten Jahreszeit, medizinische und praktische Hilfe sowie menschliche Zuwendung. Ehrenamtlich arbeitende Ärzte sind im Einsatz; vor Corona konnten sich Besucher kostenlos die Haare schneiden lassen, Tierärzte kümmerten sich um die Haustiere der Gäste. Andachten und kulturelle Angebote, beispielsweise kostenlose Konzerte, machen die Vesperkirchen zum Ort der Begegnung für Menschen aller Altersgruppen und Gesellschaftsschichten. Die erste Vesperkirche öffnete Mitte der 1990er Jahre in der Stuttgarter Leonhardskirche.

Weitere Informationen sowie eine Übersicht der stattfindenden Vesperkirchen finden Sie [hier](#).

Welcome Center Sozialwirtschaft erfolgreich

Die Diakonie in Baden-Württemberg ist mit ihrem Welcome Center Sozialwirtschaft Baden-Württemberg (WCS) auf Erfolgskurs. Das Wirtschaftsministerium sicherte jetzt die weitere Förderung der Beratungsstelle zu. Damit stehen dem WCS auch 2021 rund 163.000 Euro zur Verfügung. Ein Beleg dafür, dass die sechseinhalb jährige Arbeit einen wichtigen Beitrag zur Beschäftigung und Integration internationaler Fachkräfte für Baden-Württemberg leistet.

Stuttgart. Mehr als 600 Unternehmen der Sozialwirtschaft nahmen die Kompetenz des WCS seit seinem Bestehen in Anspruch. Insgesamt mehr als 1.000 internationale Fachkräfte, die in Baden-Württemberg eine Arbeit in der Sozialwirtschaft aufnehmen wollten, wurden beraten. Zusätzlich begleiten die Mitarbeitenden immer häufiger auch Beratungsstellen wie Migrationsberatungsstellen oder Landratsämter. Themen sind Fragen nach Anerkennung der Bildungsabschlüsse, Qualifizierungsangebote oder Möglichkeiten der Sprachförderung.

Für Unternehmen der Sozialwirtschaft, die internationale Fachkräfte eingestellt haben oder einstellen wollen, wird nach Erfahrung des WCS die Frage nach der Integration von ausländischen Mitarbeitenden immer wichtiger. Außerdem berät das Welcome Center Sozialwirtschaft seit diesem Jahr die Einrichtungen zum beschleunigten Verfahren des neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetzes.

Die Beratung des Welcome Centers ist kostenlos und richtet sich an alle Träger und Einrichtungen der Sozialwirtschaft. Das WCS hat Stellen in Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Freiburg.

Getragen wird das Welcome Center Sozialwirtschaft von den Diakonischen Werken Baden und Württemberg sowie der Diakonie in Freiburg und Mannheim.

Das Wirtschaftsministerium finanziert 60 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben. Die übrige Finanzierung tragen die Diakonischen Werke, in diesem Jahr zum ersten Mal mit finanzieller Unterstützung der Verbände der Liga der freien Wohlfahrtspflege.

www.welcome-center-sozialwirtschaft-bw.de/

Assistierte Ausbildung droht an Qualität zu verlieren

Die Diakonie Württemberg fordert Korrekturen in der vergaberechtlichen Ausgestaltung der Assistierte Ausbildung flexibel (AsA flex). Sie begrüßt die Stärkung der Qualität und die Weiterentwicklung der Assistierte Ausbildung durch das „Arbeit für morgen-Gesetz“. Als gravierende Einschränkung für eine qualitativ gute Umsetzung der Assistierte Ausbildung benennt Kaufmann jedoch die geplante Abrechnung nach Stundenkontingenten und fehlende Personalschlüssel in der begleitenden Phase.

Stuttgart. „Das verhindert die Beschäftigung von Fachkräften, die wir nach Tarif bezahlen. Stattdessen müssen unsere Träger auf stundenweisen Einsatz von Honorarkräften setzen, was die kontinuierliche Begleitung der jungen Menschen verhindert und die Kommunikation mit Betrieben und Behörden einschränkt“, sagt Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg.

Besonders während der Corona-Pandemie werde deutlich, dass die sozialpädagogische Begleitung vor und während der Ausbildung und die verlässliche Schnittstelle zu Betrieben für benachteiligte junge Menschen wichtig sind. „Wir kritisieren aber die Aushöhlung der gesetzlich verankerten Inhalte durch die vergaberechtliche Ausgestaltung“. Als weiteres Problem nennt er die geplante Mindestvergütung von monatlich 70 Prozent des Gesamtstundenkontingents. „Wenn ein Träger nicht genügend Rücklagen bilden konnte, muss er für 12 Monate in Vorleistung gehen, was für viele ein betriebswirtschaftliches Risiko ist.“ Hinzu komme: Die Möglichkeit zur digitalen Gestaltung von Maßnahmen fordert von den Trägern, Kosten für Hardware-Ausstattung von Teilnehmenden zu übernehmen ohne dass dieser Mehraufwand in der Preiskalkulation berücksichtigt werde. Kaufmann verweist außerdem auf einen Widerspruch zum angestrebten Ansatz des Erhalts länderspezifischer Besonderheiten. Bisher hatten Jugendliche mit Unterstützungsbedarf in Baden-Württemberg, die im ersten Ausbildungsjahr die einjährige Berufsfachschule besuchen, Anspruch auf ausbildungsbegleitende Hilfen. Dies gilt jetzt erst ab dem zweiten Ausbildungsjahr.

Diese Problematiken hat das Diakonische Werk Württemberg gegenüber dem Wirtschafts-, Kultus- und Sozialministerium in Baden-Württemberg sowie dem Vorstandsvorsitzenden und Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit benannt. „Wir bitten dringend, die geplante Ausgestaltung der Assistierte Ausbildung flexibel (AsA flex) zu prüfen und den Start von Ausschreibung und Maßnahme zu verschieben“, sagt Kaufmann. Verlässliche und realistische Stundenkontingente müssten Tariflöhne und stabile Beschäftigungsverhältnisse ermöglichen. Zudem sei der zu erwartende bürokratische Abstimmungsaufwand zu ersetzen durch einen echten flexiblen Rahmen, der eine wirksame und effiziente Ausgestaltung zugunsten der jungen Menschen ermöglicht. Der Mehraufwand der Technik sei in der Preiskalkulation zu berücksichtigen, auch brauche es eine monatliche kostendeckende Vergütung für AsA flex für Träger. Des Weiteren seien länderspezifische Besonderheiten zu erhalten. pm

Hintergrund: Der Bundesrechnungshof prüft den wirtschaftlichen, effizienten und wirksamen Einsatz öffentlicher Mittel, die durch den Bund eingesetzt werden. Die Bewertung eines solchen Einsatzes ist nach Ansicht der Diakonie Württemberg allerdings bei der Arbeit mit Menschen nicht an einer maximalen kurzfristigen Kostenreduzierung, sondern an der Qualität der Beratung und Begleitung zu messen. Deshalb fordert die Diakonie, die gesetzliche Grundlage – in diesem Fall das „Arbeit für morgen-Gesetz“ – und die darin festgelegte Zielerreichung an den Bedarfen der jungen Menschen zu messen. Auch will die Diakonie mehr Transparenz und Beteiligungsstrukturen als Sozialpartner sowie eine interdisziplinäre Beratung zur vergaberechtlichen Ausgestaltung, die Kosten und Qualität berücksichtigt und auf betriebswirtschaftliche und sozialpädagogische Expertise setzt.

Weitere Informationen: Matthias Reuting, Abteilungsleiter Kinder, Jugend und Familie, Tel.: 0711 1656-216, E-Mail: reuting.m@diakonie-wuerttemberg.de

männlich.jung.geflüchtet

Einzelne Gruppen geflüchteter junge Männer, oft in Situationen von Perspektivlosigkeit und mangelnder Teilhabe, fallen durch riskantes und unangemessenes Verhalten auf. Wie diese Personengruppe unterstützt werden kann, erprobt die Jugendsozialarbeit unter der Fachbegleitung der Diakonie in einem Projekt des Landes.

Stuttgart. Ausgangspunkt des Modellprojekts „männlich.jung.geflüchtet“ ist die Erfahrung, dass einzelne junge Männer mit Fluchterfahrung – dann jedoch zumeist in Gruppen – durch besonders riskante Verhaltensweisen zum Beispiel beim Alkohol- und Drogenkonsum, mit Drogenhandel und Gewalt auffällig werden. Ihre gesellschaftliche Teilhabechancen sind eingeschränkt, die bestehenden Angebote erreichen sie meist nicht.

Mit dem neuen Förderprogramm wird auch Jugendsozialarbeit fachlich weiterentwickelt. Auf die Zielgruppe und deren Bedarfslagen angepasste Konzepte werden modellhaft erprobt und ausgewertet und Handlungsempfehlungen für die Übertragung auf andere Standorte formuliert werden.

In einer zweijährigen Projektlaufzeit sollen an mindestens fünf Standorten modellhafte Ansätze der fachlichen Weiterentwicklung der Jugendsozialarbeit erprobt werden. Die Stellen sind an Einrichtungen der Mobilien Jugendarbeit, der Jugendmigrationsdienste oder der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit angegliedert und kooperiert im Sozialraum eng mit weiteren Akteuren.

Dabei werden insbesondere Ansätze entwickelt, welche beispielsweise die niedrigschwelligen und freiwilligen Zugänge Mobiler Jugendarbeit mit Methodenelementen arbeitsweltbezogener Jugendsozialarbeit und von Jugendmigrationsdiensten miteinander verbinden. Da die Zielgruppe einen Bedarf an sinnstiftender Beschäftigung, Qualifizierung und Arbeit deutlich macht, in der Regel aus den Angeboten des SGB II und SGB III aber ausgeschlossen ist, geht es in den Modellprojekten auch darum, über den §13 SGB VIII neue Wege zu gehen und für die Zielgruppe alternative passgenaue Angebote zu entwickeln. Dabei soll methodisch auf die besonderen geschlechtsspezifischen Bedarfe, aber auch auf die Ressourcen, der jungen Männer eingegangen werden.

Das Modellprojekt wird unterstützt durch das Ministerium für Soziales und Integration aus Mitteln des Landes Baden-Württemberg und in Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Streetwork und der Landesarbeitsgemeinschaft Jugenarbeit durchgeführt.

Im Moment läuft noch die Auswahl für einen der fünf Projektstandorte.

Weitere Informationen: Weitere Informationen: Matthias Reuting, Abteilungsleiter Kinder, Jugend und Familie, Tel.: 0711 1656-216, E-Mail: reuting.m@diakonie-wuerttemberg.de

Austausch zur Sterbehilfe

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Februar 2020 zum Paragrafen 217 hat tiefgreifende Fragen zum Umgang mit dem Lebensende aufgeworfen. Wie verhält sich das im Urteil formulierte Freiheitsrecht des Einzelnen zur christlichen Sicht von Menschenwürde und Lebensschutz? Wie soll in Pflegeheimen und Krankenhäusern künftig konkret mit geäußerten Sterbewünschen von Patientinnen und Patienten umgegangen werden?

Bad Boll/Stuttgart. Eine sorgfältige Diskussion über die durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts entstandene Situation fordert Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg. „Es ist zu bedenken, dass viele Menschen die Möglichkeiten der Sterbebegleitung und vor allem der Palliativmedizin nicht kennen und es hier einen großen Informationsbedarf gibt. Hier werden wir als Kirche mit ihrer Diakonie alles tun, damit die für viele ultimative Lösung eines assistierten Suizids nicht notwendig wird.“

„Die Autonomie ist ein hohes Gut, sollte aber nicht absolut gesetzt werden. Zur Unantastbarkeit der Menschenwürde gehört auch der Schutz des Lebens, gefragt ist nicht die Hilfe zum Sterben, sondern der Beistand beim Sterben“, so Oberkirchenrat Prof. Dr. Ulrich Heckel vom Dezernat 1 Theologie und weltweite Kirche der Landeskirche.

Initiiert wurde die Expertenrunde erstmals von drei Ethik-Beauftragten im Raum der Evangelischen Landeskirche in Württemberg: Kirchenrat Dr. Til Elbe-Seiffart vom Evangelischen Oberkirchenrat, Dr. Christiane Kohler-Weiß vom Diakonischen Werk Württemberg sowie Studienleiter Dr. Dietmar Merz der Evangelischen Akademie Bad Boll.

Ausgangspunkt der Gespräche stellten Fachreferate aus juristischer und medizinischer Sicht dar, die von Dr. Katarina Weilert (FEST Heidelberg) und Dr. Michael Müller (Universitätsklinik Freiburg) beigetragen wurden. Mit Hilfe eines weiteren Referates von Prof. Dr. Matthias Zeindler (Zürich) wurden die Erfahrungen aus „35 Jahren Freitodbegleitung in der Schweiz“ in die Reflexionen einbezogen.

Im Austausch wurden aktuelle Bedürfnisse von diakonischen und kirchlichen Einrichtungen zusammengetragen und Möglichkeiten der gemeinsamen Weiterarbeit verabredet. Insbesondere steht zukünftig eine breite Beteiligung an der kirchlichen und gesamtgesellschaftlichen Diskussion im Fokus.

Zum Hintergrund

Der Bundestag hatte 2015 nach vielfältigen Expertenanhörungen, unzähligen Debatten und verschiedenen Gesetzesinitiativen geschäftsmäßige Angebote zur assistierten Selbsttötung im genannten Paragraph des Strafgesetzbuches verboten und damit gesetzlich unter Strafe gestellt. Das Bundesverfassungsgericht hat am 26. Februar 2020 dieses Gesetz als nicht verfassungskonform beurteilt. Entscheidend war die Begründung des Urteils: Paragraph 217, also das Verbot geschäftsmäßiger Angebote einer assistierten Selbsttötung, greife in die Selbstbestimmungsrechte eines jeden Menschen ein und das sei mit der Verfassung nicht vereinbar. Denn: Zur Selbstbestimmung eines Menschen gehöre, so das Gericht, auch selbstbestimmtes Sterben. Die Freiheit zum Tod ist danach eine bindende Norm, die der Gesetzgeber zu beachten habe. Diese Freiheit schließe auch die freiwillige Zuhilfenahme Dritter ein. pm

Weitere Informationen: Dr. Christiane Kohler-Weiß, Abteilungsleiterin Theologie und Bildung, Tel.: 0711 1656-267, E-Mail: kohler-weiss.c@diakonie-wuerttemberg.de

Pandemie verdeckt Situation der Opfer von Ausbeutung und Gewalt

Opfer von Menschenhandel haben unter der Corona-Pandemie besonders zu leiden. Darauf hat die Diakonie Württemberg zum Europäischen Tag gegen Menschenhandel (18. Oktober) aufmerksam gemacht.

Stuttgart. „Menschenhandel in Form der Ausbeutung von Arbeitskraft und Sexualität ist in der derzeitigen Situation schwieriger zu bekämpfen, weil sie verdeckt stattfindet“, sagt Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg. Die Sorge wegen der Corona-Pandemie überlagere etwa den Blick auf die Kindersoldaten in anderen Ländern und die Wahrnehmung von Zwangsprostitution.

„Durch den Lockdown konnten Betroffene noch schwieriger identifiziert werden, weil sich viele Aktivitäten ins Internet und in die Wohnungsprostitution verlagert haben“, sagt Dieter Kaufmann. Die im Verborgenen leidenden Frauen und auch andere Opfer von Menschenhandel seien auf mutiges Eingreifen und tätige Nächstenliebe angewiesen. Die Diakonie bittet die Zivilgesellschaft, potenziell Betroffene wahrzunehmen und sich an Polizei oder Fachberatungsstellen zu wenden.

Die Diakonie engagiert sich für Opfer von Menschenhandel und sexueller Ausbeutung, bietet Beratung und Unterstützung an. Sie stabilisieren traumatisierte Frauen, bringen sie unter, nehmen Kontakt zu sicheren Stellen im Heimatland auf und begleiten bei Gerichtsverfahren. Das Fraueninformationszentrum FIZ Stuttgart berät und begleitet Opfer von Zwangsprostitution und Menschenhandel. Die Mitternachtsmission Heilbronn hält über die Fachberatungsstelle hinaus diverse anonyme Schutzwohnungen an verschiedenen Orten Baden-Württembergs für Betroffene bereit. Als Landesstelle von Brot für die Welt beteiligt sich das Diakonische Werk Württemberg am Kampf gegen Menschenhandel weltweit. pm

Weitere Informationen: Thomas Stürmer, Abteilungsleiter Landkreis- und Kirchenbezirksdiakonie, Existenzsicherung, Tel.: 0711 1656-117, E-Mail: stuermer.t@diakonie-wuerttemberg.de

In Zeiten der Abstandsregel auf den Nächsten achten

Die Diakonie Württemberg hat zum Welttag für seelische Gesundheit (10. Oktober) dazu aufgerufen, besonders auf Menschen mit psychischer Erkrankung oder seelischen Belastungen zu achten. Die Corona-Regel zum Abstandhalten führe zu weiterer Vereinsamung, die Angst vor einem Verlust der Arbeitsstelle zu großer Verunsicherung. Der Nächste dürfe nicht in die Ferne rücken. „Sorgt füreinander und gebt den Verzagten Zuversicht. Sie leiden besonders unter der derzeitigen Situation“, sagt Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg.

Stuttgart „Maßnahmen zum Infektionsschutz gehen hier vor einem strikten Aufruf zum Social Distancing“, so Kaufmann weiter. Durch das Einstellen von Gruppen in Kirchengemeinden, Selbsthilfe und Vereinen würden seelische Probleme und Notlagen spät oder gar nicht erkannt. „Es braucht deshalb eine erhöhte Aufmerksamkeit von jedem von uns: für Nachbarn und Bekannte, für Familienmitglieder und Freunde.“

Diakonische Dienste und Einrichtungen für Menschen mit psychischer Erkrankung leisten – auch und gerade unter Corona-Bedingungen – einen wichtigen Beitrag, damit Menschen gut über diese schwierige Zeit kommen, so Kaufmann. Insbesondere in der kommenden dunklen Jahreszeit seien diese Unterstützungsangebote von zentraler Bedeutung. pm

Weitere Informationen: Thomas Stürmer, Abteilungsleiter Landkreis- und Kirchenbezirksdiakonie, Existenzsicherung, Tel.: 0711 1656-117, E-Mail: stuermer.t@diakonie-wuerttemberg.de

Konfirmanden backen Brot für die Welt

Konfirmanden in Württemberg backen wieder Brot zum Teilen. Die Aktion „5.000 Brote – Konfis backen Brot für die Welt“ wurde in der Backstube der Bäckerei Winter in Metzingen-Neuhausen durch Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg, Landesstelle Brot für die Welt, und Michael Winter, stv. Landesinnungsmeister des Landesinnungsverbandes für das Württembergische Bäckerhandwerk, in Metzingen-Neuhausen für Württemberg eröffnet.

Stuttgart/Metzingen. „Die Idee hinter der Aktion ist die biblische Geschichte der Speisung der Fünftausend. Die Jünger sagen, was wir haben, reicht nicht. Jesus sagt, wir teilen“, erklärte Oberkirchenrat Dieter Kaufmann. „Wir backen Brot zusammen, den Erlös teilen wir weltweit mit Menschen, die nicht genug zum Leben haben.“ Er dankte der Bäckerei Winter dafür, ihre Backstube für die Aktion geöffnet zu haben. Der Neuhausener Pfarrer Jörg Sauter hat sich mit seinen Konfirmanden an der Aktion beteiligt, „weil sie einen Blick über den Tellerrand ermöglicht“. Die jungen Menschen sollten daran erinnert werden, dass es vielen Menschen auf der Erde nicht so gut geht wie ihnen.

Mit der Aktion „5.000 Brote – Konfis backen Brot für die Welt“ lernen Konfirmandinnen und Konfirmanden die Bedeutung von Brot und Nahrung weltweit, Projekte von Brot für die Welt und das Bäckerhandwerk kennen. Indem sie – oftmals selbst gebackenes – Brot gegen eine Spende anbieten und durch andere Spendenaktionen leisten sie selbst einen Beitrag, um junge Menschen in Indien, Brasilien und Äthiopien zu unterstützen.

So setzt sich etwa der Brot für die Welt-Projektpartner Samvada in Bangalore, Indien, gegen die Ausgrenzung junger Menschen ein. Im vergangenen Jahr konnten 100 Jugendliche erfolgreich eine berufliche Aus- oder Weiterbildung bei Samvada absolvieren. Sie erwarben Abschlüsse in Journalismus, frühkindlicher Erziehung, Beratung von Frauen, Abfallmanagement oder ökologischer Landwirtschaft. 50 benachteiligte Jugendliche nahmen an Kursen zur Bewusstseinsbildung und zum sozialen Engagement teil. Weitere 50 Jugendliche absolvierten eine Ausbildung zur Jugendgruppenleitung, um selbst kleine Jugendzentren aufzubauen und Kampagnen zu starten.

Die Anmeldung zur Aktion läuft. Bisher haben sich rund 15 Kirchengemeinden und 15 Bäckereien aus Württemberg angemeldet. Wegen der Corona-Pandemie werden nicht in allen teilnehmenden Kirchengemeinden die Konfirmandinnen und Konfirmanden Brot in den Backstuben backen können. Stattdessen können die jungen Menschen in Online-Angeboten die Akademie Deutsches Bäckerhandwerk Südwest in Stuttgart kennenlernen und mit einer Brot für die Welt-Partnerorganisation in Indien ins Gespräch kommen. Gemeinsam mit Bäckereien vor Ort können sie außerdem frisches Brot gegen Spende abgeben und damit Brot für die Welt-Projekte unterstützen.

„5.000 Brote – Konfis backen Brot für die Welt“ wird in Württemberg organisiert vom Diakonischen Werk Württemberg, Landesstelle Brot für die Welt, dem württembergischen Bäckerhandwerk, dem Pfarrer für Konfirmandenarbeit und dem Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt (KDA) der Evangelischen Landeskirche in Württemberg. Die bundesweite Aktion tragen die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), der Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks e.V. und der Evangelische Verband Kirche Wirtschaft Arbeitswelt (KWA). pm

Weitere Informationen: Dr. Birgit Susanne Dinzinger, Abteilungsleiterin Migration und Internationale Diakonie, Tel.: 0711 1656-377, E-Mail: dinzinger.b@diakonie-wuerttemberg.de und unter <https://www.diakonie-wuerttemberg.de/5000brote>

Kirche muss bauen – muss Kirche bauen?

„Überteuerte Wohnungen, Vereinsamung der Menschen und schwindende soziale Räume im dörflichen Raum sind für Kirche und Politik Gründe, um gemeinsame neue Konzepte zu entwickeln.“

Stuttgart. „Kirche hat schon immer gebaut, Kirche muss weiter bauen. Nicht nur Häuser mit Dächern, sondern auch Räume zum Begegnen“, so Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks bei der Fachtagung „Kirche muss bauen“.

„Jeder Mensch hat das Recht auf angemessenen Wohnraum“, stellte der Experte für sozial-orientierten Wohnungsbau an der Universität Stuttgart Dr. Gerd Kuhn fest.

Als eine der großen Akteure in der Gesellschaft dürfe sich Kirche der Verantwortung nicht entziehen. Sie müsse neue Konzepte entwickeln, Vernetzungsarbeit leisten und kirchliches Bauland zur Verfügung stellen. Diese Aufgaben dürften nicht den Privatinvestoren überlassen werden. „Der Mehrwert muss der Allgemeinheit dienen und nicht dem Profit.“ Die Bedürfnisse der Menschen haben sich in den letzten Jahren verändert. Sie werden älter und wünschen sich, bis ins hohe Alter in ihrer gewohnten Umgebung bleiben zu können. Singlehaushalte bewohnen große Wohnräume, soziale Räume im dörflichen Raum verschwinden von der Bildfläche. Durch neue Baukonzepte könne diesem Trend entgegengewirkt werden. Schwindende soziale Räume können anders und neu geschaffen werden. Dazu braucht es Initiativen und Pilotprojekte.

Eine solche Initiative stellte der Leiter des künftigen Projekts Neue Aufbrüche – Gemeinde bauen, Wolfram Keppler vor. Kirche muss von der „Komm-Kultur“ hin zu den Menschen. Sein siebenköpfiges Team berät kirchliche Akteure vor Ort das Quartier zu gestalten. Dazu gehören Kirchengemeinden, kirchliche Einrichtungen und freie diakonische Träger. Sie verfügten über viel Kompetenz und Knowhow, sie kennen die Menschen vor Ort und deren Bedürfnisse. „Dieses Potenzial muss bei Quartiersgestaltungen abgerufen werden.“

Sowohl Kirche als auch Politik müssen ihre Rolle und ihre Verantwortung in der Frage der Baupolitik ernst nehmen. Die gegenseitige Anerkennung von Kompetenzen ist ein erster wichtiger Schritt, so Oberkirchenrat Dieter Kaufmann bei der anschließenden Podiumsdiskussion. „Investoren müssen für einen tatsächlichen Bedarf bauen, Konzepte sollten von den Bauherren gemeinsam mit den Kommunen und vor Ort angesiedelten Kirchen entwickelt werden“, ergänzte die Sprecherin der Grünenfraktion für Bauen und Wohnen im Landtag Susanne Bay.

Ein Blitzlicht aus der Praxis war ein Gruß des Geschäftsführers des evangelischen Siedlungswerks Bayern, Hannes B. Erhardt. Ein 70 Jahre altes Unternehmen sucht immer wieder nach neuen Lösungen für bezahlbaren Wohnraum für alle Altersgruppen und Phasen der Familienplanung. Langfristigkeit und Nachhaltigkeit sind das Motto des kirchlichen Unternehmens. „Kirche muss bauen und Kirche kann bauen“, sagte Erhardt. Sie brauche aber geeignete Partner, die einen langen Atem haben und pragmatisch denken können.

Andrea Bleher, Mitglied der württembergischen Landessynode berichtete über ambivalente Diskussionen im Finanzausschuss. Dass das Schaffen von bezahlbarem Wohnraum eine wichtige Aufgabe ist, darin waren sich die Ausschussmitglieder einig „Wir haben aber nicht die Kompetenzen, um diese Aufgabe als Kirche selbst zu übernehmen“, ergänzte sie. Es wurden jedoch fünf Millionen Euro an den Siedlungsfonds der Landeskirche gegeben, die als zinslose Darlehen an Gemeinden oder Familien vergeben werden können. Zusätzlich wurde eine Stelle für die Entwicklung neuer Baukonzepte und Quartiersentwicklung geschaffen. Begleitung von Bauen und Vermietung sollte delegiert werden. Zusätzlich sei zu prüfen, wel-

che Unterstützung Kirchengemeinden brauchen, wenn durch Immobilienkonzepte entstehende Leerstände der Pfarr- und Gemeindehäuser neue Ideen für bezahlbaren Wohnraum erwachsen.

„Wir müssen alle Möglichkeiten so vernetzen und neue Modelle entwickeln, dass wir mit kreativen Ideen zu neuen Lösungen kommen. Dabei sind reale Preise, bewusste Quartiersgestaltung, Stärkung neuer Ideen und der gemeinsame Wille die wichtigsten Meilensteine auf diesem Weg“, so Dieter Kaufmann zum Ende der Veranstaltung. pm

Weitere Informationen: Thomas Stürmer, Abteilungsleiter Landkreis- und Kirchenbezirksdiakonie, Existenzsicherung, Tel.: 0711 1656-117, E-Mail: stuermer.t@diakonie-wuerttemberg.de

Die „Pflege am Kloster Denkendorf“ hat eröffnet.

Bedingt durch die Corona-Einschränkungen im Landkreis Esslingen kann die Eröffnung des neuen Pflegeheims am Klosterhof nicht wie üblich mit einer großen Feier begangen werden. Eine Schlüsselübergabe im kleinen Kreis findet am Freitag, 16. Oktober 2020, 11 Uhr als symbolischer Eröffnungsakt im Freien statt. Die Bauträgerin, die Kloster Denkendorf Immobilien GmbH, übergibt den Schlüssel an die Evangelische Altenheimat, Mieterin und Betreiberin des neuen Pflegeheims. Als Gäste sind Vertreter/innen des Landkreises, der Gemeinde Denkendorf, der Landeskirche und der Kirchengemeinde sowie der Presse geladen.

Stuttgart/Denkendorf. Gabriele Blume, Vorsitzende des Vorstands der Stiftung Evangelische Altenheimat, begrüßt die Gäste und wirft einen zufriedenen Blick auf die aktuelle Situation. Nach zwei Jahren turbulenter Bauzeit sei das Ergebnis sehr erfreulich und passe sich stimmig ein in das historische Ensemble mit Klosterkirche und Nebengebäuden. Die Evangelische Altenheimat gGmbH, eine Tochtergesellschaft der Stiftung Evangelische Altenheimat, ist erst zur Halbzeit, nachdem der erste Träger abgesprungen ist, eingestiegen. Das war nicht ganz einfach, denn manche Vorgaben des Bauträgers passten nicht recht zum Pflegeheimkonzept der neuen Trägerin. Aber letztlich ist es gelungen, Planen, Bauen und erneut Planen erfolgreich und punktgenau zum Beginn des Mietvertrags zu Ende zu bringen. Die Resonanz der Gäste auf das neue Gebäude am Klosterhof fällt insgesamt sehr positiv aus.

Das Angebot des Hauses, 15 Plätze der solitären Kurzzeitpflege und 30 Plätze der Langzeitpflege mit einem Schwerpunkt auf der behandlungspflegeintensiven Versorgung schwerstkranker Menschen, kommt in Denkendorf gut an. Insbesondere groß ist der Bedarf der Gemeinde und der umliegenden Kliniken an planbaren Kurzzeitpflegeplätzen. Der Denkendorfer Bürgermeister Ralf Barth ist sich sicher: Die neue Einrichtung werde „zu guten Rahmenbedingungen einer gut funktionierenden Altenhilfe vor Ort beitragen“. Die letzte Denkendorfer Sozialraumanalyse habe als Ergebnis hervorgebracht: „Menschen möchten im Ort bleiben können in allen Phasen und Entwicklungen im Alter“. Er lädt das Team des Hauses herzlich ein, sich im lokalen Netzwerk der Seniorenarbeit aktiv einzubringen. Andererseits ermuntert er die Denkendorfer, sich hier im neuen Haus ehrenamtlich zu engagieren.

Heimleiterin Carmen Herz bestätigt die Einladung an „Denkendorf, hier ein und auszugehen“. Rainer Freyer, Geschäftsführer der Kloster Denkendorf Immobilien GmbH, überreicht mit Bauleiter Jürgen Weidner den gebackenen Schlüssel an Carmen Herz und Geschäftsführer Peter Oberdörfer. Er wünscht dem Team einen guten Start und den Bewohnern eine stimmige Zeit im Haus an diesem besonderen Ort. Der Standort auf dem geschichtsträchtigen Klostergelände mit seiner spirituellen Aura hat laut Peter Oberdörfer mitgespielt, dass sich die Evangelische Altenheimat neben der Kurzzeitpflege nicht für eine gängige Dauerpflegeeinrichtung, sondern eine Dauerpflege mit integrierter Pflege in der letzten Lebensphase entschieden hat.

In den kommenden Wochen öffnen sich die Türen für die interessierte Öffentlichkeit. Im Rahmen von gebuchten Hausführungen in Kleingruppen sowie mittels einer virtuellen Führung auf der Homepage <https://denkendorf.altenheimat.de> können die neuen Räumlichkeiten besichtigt werden. pm

Weitere Informationen: Evangelische Altenheimat, Dr. Inge Deborre, Öffentlichkeitsarbeit, Schwieberdinger Straße 5, 70435 Stuttgart, Tel.: 0711 9937478-180, Mobil: 0175 7262654, E-Mail: deborre@altenheimat.de

Bündnis-PM zum internationalen Tag der Armut am 17. Oktober:

Jede fünfte Frau über 65 ist in Baden-Württemberg inzwischen armutsgefährdet, Tendenz weiter steigend. Darauf hat das Bündnis gegen Altersarmut zum internationalen Tag der Armut am 17. Oktober hingewiesen.

Stuttgart. Damit sind ältere Frauen um über 30 Prozent armutsgefährdeter als der baden-württembergische Schnitt. Aber auch die Männer sind mit 18,3 Prozent betroffen.

Martin Gross, Landesbezirksleiter, ver.di Baden-Württemberg:

„Eine zusätzliche private Vorsorge kann sich schlichtweg nicht jeder leisten. Und wenn der größte Lebensversicherungsanbieter schon keine Garantie mehr dafür gibt, wenigstens die eingezahlten Beiträge auszuzahlen, dann ist die verpflichtende private Altersvorsorge ein totes Pferd, von dem man schnellstens absteigen sollte. Wir müssen stattdessen dafür sorgen, dass die gesetzliche Rentenversicherung für ein Leben in Würde sorgt und eine Grundsicherung im Alter erst gar nicht beantragt werden muss. Menschen müssen während ihres Erwerbslebens unter guten Arbeitsbedingungen mindestens so viel verdienen, dass die gesetzliche Rentenversicherung wieder das Fundament für ein sorgenfreies Leben im Alter ist.“

Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender, Diakonisches Werk Württemberg:

„Menschen die erwerbslos, alleinerziehend, ohne Schulabschluss und/oder Berufsausbildung und einen Migrationshintergrund haben, sind besonders armutsgefährdet. Um sie vor Altersarmut zu schützen, müssen sie mehr Unterstützung erhalten. Frauen leisten dabei in unserer Gesellschaft einen besonders hohen Anteil an Sorgearbeit und verdienen Wertschätzung, die sich im Alter durch eine ausreichende Absicherung ausdrücken muss.“

Roland Sing, Landesverbandsvorsitzender, Sozialverband VdK Baden-Württemberg:

„Die neue Grundrente wird das Problem nicht lösen, dass Menschen im Alter doch auf Grundsicherung angewiesen sind. Die Grundrente ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Sie muss aber erweitert werden. Schließlich profitieren viele Menschen nicht davon, weil sie zum Beispiel wegen Krankheit oder Behinderung die Voraussetzungen der Grundrente nicht erfüllen. Zudem muss hier die pauschale Kürzung um 12,5 Prozent weg. Denn eines ist sicher: Die oftmals weiterhin nötige Grundsicherung im Alter wird von vielen, die Anspruch darauf haben, gar nicht beantragt. Die Gründe dafür sind verschieden aber gut nachzuvollziehen.“

Ursel Wolfram, Vorstandsvorsitzende, DER PARITÄTISCHE Baden-Württemberg:

„Ursachen für steigende Altersarmut gibt es viele, sie liegen zumeist im Wandel des Arbeitsmarkts in den vergangenen 25 Jahren. Teilzeit insbesondere bei Frauen, befristete Verträge oder ein später Einstieg ins Berufsleben zählen etwa dazu. Vor allem aber sind es drei Gründe, die zu einer steigenden Altersarmut beitragen: **Unterbrechungen des Berufslebens** etwa bei Müttern, prekäre Arbeitsverhältnisse im **Niedriglohnbereich** sowie **sinkende Renten** durch mehrfache Rentenanpassungen aufgrund einer alternden Gesellschaft.“

Roland Saurer, Sprecher der Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg:

„Weder der Verbleib von Kindern und Familien in Hartz IV ist gerechtfertigt, noch das erbärmliche Niveau in der Altersarmut ist vertretbar. Was wir brauchen ist eine eigenständige Kinder-Grundsicherung und eine gesetzliche Mindestrente, die deutlich über der Armutsgrenze liegt, um ein Leben in Würde und gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen. Dafür muss sich Baden-Württemberg im Bundestag sowie Bundesrat einsetzen.“

Mit anderen sechs Landesarmutskonferenzen in Deutschland hat die Landesarmutskonferenz am 18. September 2020 in Frankfurt ein "Manifest zur Armut unter Hartz IV - Bedingungen" verabschiedet: "Hartz IV ist Ausgrenzung mit System!"

Hintergrund: Die Generation 65 plus ist in Deutschland zunehmend von Altersarmut bedroht. Laut Statistischem Bundesamt (Destatis) stieg der Anteil der über 64-Jährigen, die gemessen am Bundesmedian armutsgefährdet sind, in den vergangenen 15 Jahren um 4,7 Prozentpunkte auf 15,7 Prozent im Jahr 2019. In keiner anderen Altersgruppe war der Anstieg seit dem Jahr 2005 so groß.

Insgesamt stieg die Armutsgefährdungsquote im selben Zeitraum um 1,2 Prozentpunkte auf 15,9 Prozent. Die Armutsgefährdungsquote, ein Indikator zur Messung der relativen Einkommensarmut, war für Personen über 64 Jahre somit im Jahr 2019 annähernd genauso hoch wie in der Gesamtbevölkerung.

Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg veröffentlicht folgende Zahlen:

2019 verfügten 15,6 Prozent der Menschen über weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens der Baden-Württemberger und galten damit als armutsgefährdet. 2011 hatte der Wert noch bei 14,5 Prozent gelegen. Mit der Zunahme der Armutsgefährdung seit 2011 um rund einen Prozentpunkt lag Baden-Württemberg ungefähr im Bundestrend.

Frauen waren 2019 mit 16,6 Prozent häufiger armutsgefährdet als Männer (14,5 Prozent). Die Altersgruppe der 18 bis 25-Jährigen, die sich häufig noch in Ausbildung befinden, ist ebenfalls überdurchschnittlich armutsgefährdet (24,6 Prozent).

Armutsgefährdung bei der Generation 65 plus hat überdurchschnittlich zugenommen

Die Zahlen des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg zeigen ebenfalls, dass die Armutsgefährdung bei der älteren Generation 65 plus überdurchschnittlich zugenommen hat.

Sie waren zu 18,2 Prozent armutsgefährdet. Bei Frauen ab 65 Jahren trifft dies sogar 20,3 Prozent.

Infos zum Bündnis unter:

www.buendnis-gegen-altersarmut.de

Austausch zur Stadtteilentwicklung in Mariaberg

Bereits zum 13. Mal fand das Mariabergers Stadtteilforum statt. Es ist eine Austauschplattform für die Einwohner des Stadtteils Gammertingen-Mariaberg mit Vertretern der Kommune, Mitarbeitenden des diakonischen Unternehmens Mariaberg und anderen Interessierten.

Gammertingen-Mariaberg Zusammen mit den Mariabergers Vorständen Rüdiger Böhm und Michael Sachs, Mariabergers Vereinsvorsitzendem Dekan i.R. Klaus Homann, Pfarrerin Bärbel Danner und Pfarrer Ekkehard Roßbach, Gammertingens Bürgermeister Holger Jerg, Karl Endriß, Ortsvorsteher von Bronnen-Mariaberg sowie mehreren Ortschafts- und Gemeinderäten diskutierten die rund 50 Anwesenden über das Leben in den letzten zwölf Monaten im Stadtteil. Im Mittelpunkt des Abends standen unter anderem die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Mariaberg, der Start der Offenen Jugendarbeit und eines Jugendhauses im Stadtteil sowie verschiedene bauliche Entwicklungen und Veränderungen.

Als erster Redner berichtete Rüdiger Böhm über Mariaberg in der Corona-Zeit. „Viele unserer traditionellen und wichtigen Veranstaltungen mussten wir in den vergangenen Monaten absagen. Der Mariabergers Tag, das Hoffest, Konzerte und Theateraufführungen fanden nicht statt, Möglichkeiten zur Begegnung von Menschen mit und ohne Behinderung gab es lange Zeit fast gar nicht.“ Glücklicherweise musste im Stadtteil seit Mai kein positiver Corona-Fall mehr verzeichnet werden, so Böhm weiter. Und ganz behutsam konnten, startend mit der Sommerkunstwoche im August und einem Klavierkonzert im September, erste Veranstaltungen unter strikten Hygiene- und Abstandsregelungen wieder durchgeführt werden. „Das ist für die Menschen in Mariaberg, aber auch in der Region enorm wichtig, wie wir an der regen Nachfrage erkennen können.“ Zwar versuchte das Unternehmen mit Video- und Open-Air-Gottesdiensten und ähnlichen Aktionen teilweise Ersatz zu schaffen, „aber solche Aktionen können die wirklichen Begegnungen von Mensch zu Mensch nicht ersetzen.“

Der nächste Programmpunkt des Abends befasste sich mit abgeschlossenen beziehungsweise in Angriff genommenen Projekten der Stadtteilentwicklung. Unter anderem wurden die Neugestaltung des Mariabergers Friedhofs, der Hofladen der Mariabergers Landwirtschaft sowie die Sanierung verschiedener Gebäude im Stadtteil vorgestellt.

Den Abschluss des Stadtteilforums bildete der Bericht von Frank Steng und Cord Dette, die beide für den Fachbereich Jugendsozialarbeit der Mariabergers Ausbildung & Service gGmbH tätig sind. Sie präsentierten die Entwicklung der Offenen Jugendarbeit, die mit dem Stadtteilforum im vergangenen Jahr in Mariaberg gestartet wurde. Im Sommer dieses Jahres konnten unter anderem die Interimsräumlichkeiten des Jugendhauses in Mariaberg eröffnet werden, das nun zu verschiedenen Zeiten Freizeit- und Unterhaltungsangebote für junge Menschen mit und ohne Behinderung macht. Angesprochen werden einerseits Auszubildende, junge Mitarbeitende und junge Menschen, die in Freiwilligendiensten in Mariaberg arbeiten und teilweise auch im Stadtteil leben. Ebenso gibt es aber auch Angebote und Möglichkeiten für Jugendliche mit Behinderung, die im Stadtteil leben. „Raimund Jäger, der Leiter des Mariabergers Jugendhauses, wird diese Angebote noch ausbauen und mit den jungen Menschen gemeinsam weitere Ideen und Möglichkeiten ausloten. Im Mittelpunkt steht hierbei, die jungen Menschen mitgestalten und mitentscheiden zu lassen, was sie wann und wie haben wollen“, führten Dette und Steng weiter aus. zr

Pressesprecher Robert Zolling; Mariaberg e.V., Klosterhof 1, 72501 Gammertingen;
Tel: 07124 923218, E-Mail: l.thun@mariaberg.de

Gute Bilder entwickeln – neue Perspektiven durch psychologische Beratung

„Negative Bilder können Gutes überdecken.“ Deshalb sei es wichtig, sich selbst liebevoll anzusehen, sagte Pastor Volker Schmidt (München) in seiner Jubiläumspredigt. Dazu könne eine gute Beratung beitragen. Ebenso könne das Wissen helfen, ein geliebtes Geschöpf Gottes zu sein. Mit einem Gottesdienst am 1. November 2020, der auch im Internet übertragen wurde, feierte das Diakoniewerk der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinden in Baden-Württemberg das zehnjährige Bestehen seiner psychologischen Beratungsarbeit „Beratung und Seelsorge“ (BuS).

Stuttgart. „Der Name steht dafür, dass wir professionell beraten und dabei auch die spirituelle Dimension im Blick haben“, erklärt der Vorstandsvorsitzende Holger Gohla (Karlsruhe) auf eine Frage aus der gastgebenden Gemeinde Bethelkirche Stuttgart. Er bewundere das Vertrauen, dass zunächst fremde Menschen in einem Erstgespräch mitbringen. „Wenn dann später die Augen der Klienten leuchten, weil sie eine neue Perspektive gefunden haben, merke ich, dass sich unsere Arbeit lohnt“, ergänzt BuS-Regionalleiterin Dorothea Baumann (Ludwigsburg).

„In den nächsten Jahren gelte es, die Beratungsarbeit nachhaltig weiterzuentwickeln und angesichts der aktuellen Herausforderungen auch digitale Möglichkeiten zu integrieren, so Gohla weiter. BuS sei ein kleines, aber wichtiges Angebot, dass sich ohne öffentliche Zuschüsse finanziert, fährt Baumann fort. In den vergangenen zehn Jahren wurden nach Angaben des Diakoniewerks von einem kleinen Team über 6.500 Beratungsgespräche mit mehr als 1.000 Klienten geführt.

Die psychologische Begleitung richtet sich an (Ehe-)Paare, Familien und Einzelpersonen und bietet Unterstützung in Krisen- und schwierigen Lebens- oder Berufssituationen. Klienten erhalten über die kostenfreie Telefonhotline und das BuS-Sekretariat zumeist ohne lange Wartezeit einen Beratungstermin. BuS bietet in seinen derzeit vier Beratungsstellen in Böblingen, Ludwigsburg, Stuttgart und Tübingen auch Abendtermine an. Sie stehen allen Menschen offen.

Gegründet wurde BuS 2010 auf Initiative der Baptistengemeinden im Großraum Stuttgart und in Rastatt. Neben den beteiligten Gemeinden gehört auch der Landesverband der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinden in Baden-Württemberg zu den finanziellen Unterstützern. „Als Träger erhalten wir keine öffentlichen Zuschüsse“, erklärt Gohla. Klienten beteiligen sich mit rund zwei Prozent ihres Nettoeinkommens pro Beratungsstunde an den Kosten. „Allerdings soll keine Beratung an den Kosten scheitern“, sagt Gohla weiter.

BuS ist erreichbar über die kostenfreie Telefonhotline 0800 2 11 22 44 oder per mail termine@bus.diakoniewerk-bw.de bzw. unter www.bus.diakoniewerk-bw.de. Das Diakoniewerk ist Mitglied in den Diakonischen Werken Baden und Württemberg.

Link zum Gottesdienst: https://www.youtube.com/watch?v=rdE6mZiUJ_k

Holger Gohla, Vorstandsvorsitzender, Diakoniewerk der Ev.-Freikl. Gemeinden, in Baden-Württemberg e.V., Ob der Eichhalden 15, 76228 Karlsruhe, Tel.: 0721 945 3434, od. +49 171 190 1665 (mobil), E-Mail: hgoehla@diakoniewerk-bw.de

Kurznachrichten

Stuttgart. Das Buch „Haushaltsnahe Dienstleistungen für Familien“ von Dr. Mareike Bröcheler ist erschienen. Sie ist Referentin in der Abteilung Theologie und Bildung im Projekt „Innovations- und Kompetenzzentrum Hauswirtschaft Baden-Württemberg“. Berufstätige Eltern stehen vor der Herausforderung, wie sie Jobs, Kinderbetreuung, Hausarbeit, also kurzum die vielen Aufgaben der Arbeit des Alltags gut miteinander vereinbaren können, wenn beide arbeiten. Gesamtgesellschaftlich geht es dabei um die Frage, wie es gelingen kann, das eigene, vorhandene Fachkraftpotenzial von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt zu nutzen. Das Buch geht der Frage nach, ob haushaltsnahe Dienstleistungen einen Beitrag zur Entlastung im Alltag leisten können. Neben einer Analyse des Status Quo von Alltagsstrukturen in Familien (welche Modelle von Arbeitsteilung in Erwerb- und Familienleben herrschen beispielsweise vor?) finden sich grundlegenden Informationen über Angebot und Nachfrage nach haushaltsnahen Dienstleistungen in Deutschland. Das Modellprojekt „Fachkräftesicherung über die Professionalisierung haushaltsnaher Dienstleistungen“ des Diakonischen Werks Württemberg wird innerhalb der Diskussionen um eine politische Förderung und Unterstützung dieses für viele Familien, Alleinerziehend oder ältere Menschen so wichtigen Dienstleistungssektors als bedeutsame Argumentationsgrundlage dargestellt. Die dort bilanzierten Entlastungspotenziale werden auch in der Erhebung von Bröcheler deutlich.

Das Buch ist die Veröffentlichung ihrer Dissertation, die zudem im September mit dem Nachwuchspreis der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft e. V. (dgh) ausgezeichnet wurde.

Mareike Bröcheler: Haushaltsnahe Dienstleistungen für Familien. Verlag Neuer Merkur, ISBN 978-3-95409-059-4, 300 Seiten, broschiert; auch als E-Book erhältlich

Rottenburg/Stuttgart. Den zweiten Preis des Nachhaltigkeitspreises der Diözese Rottenburg-Stuttgart, dotiert mit 2.000 Euro, gewann das Projekt „Faire Rems“ der Evangelischen und Katholischen Erwachsenenbildungen Rems-Murr und Ostalb. Ziel des Projekts ist es, in den Kirchengemeinden der Region Rems-Murr und Ostalb ein Bewusstsein für die Notwendigkeit des fairen Handels und einer öko-fairen Beschaffung in den Kirchen zu schaffen. Dies soll dadurch geschehen, dass alle Kirchengemeinden, evangelische und katholische, „Faire Gemeinde“ werden. Zum jetzigen Zeitpunkt haben sich über 30 Gemeinden zu dem Projekt angemeldet, sieben davon sind bereits ausgezeichnet worden. Das Projekt, ausgegangen vom diakonischen Werk Württemberg als Landesstelle Brot für die Welt, entwickelte eine hohe Dynamik in den Kirchengemeinden und soll nun nach der Unterbrechung durch die Corona-Pandemie mit Hilfe des Preisgeldes noch weiter ausgedehnt werden. Das ökumenische, kirchenbezirksübergreifende und grenzüberschreitende Projekt überzeugte die Jury durch seine Innovationskraft, seine Nachhaltigkeit und seine Modellhaftigkeit. Den vier ausgezeichneten Projekten überreichten Bischof Gebhard Fürst und Minister Franz Untersteller vom baden-württembergischen Umweltministerium die Franziskusmedaille und eine Urkunde. Alle eingereichten Bewerbungen stehen für qualitativ hochstehende und vorbildliche Nachhaltigkeitsprojekte in der Diözese Rottenburg-Stuttgart. pm

Personalnachrichten

Dekan Timmo Hertneck ist zum neuen Fachverbandsvorsitzenden, **Dr. Joachim Rückle** als stellvertretender Fachverbandsvorsitzender des Fachverbandes diakonischer Dienste der Evangelischen Kirchenbezirke und Diakonieverbände gewählt worden. Die Mitglieder des Fachverbands hatten in der digitalen Mitgliederversammlung am 30. September 2020 den Vorstand und den Fachverbandsausschuss neu zu wählen. Herr Timmo Hertnick tritt die Nachfolge von Dekan Ralf Drescher, der aus persönlichen Gründen nicht mehr zur Wahl stand, an. Für Karl Friedrich Bretz, Geschäftsführer des Kreisdiakonieverbandes Heilbronn, der seit 2008 sich als stellvertretender Fachverbandsvorsitzender engagierte, wurde der Geschäftsführer des Diakonieverbandes Reutlingen, Dr. Joachim Rückle gewählt. Der neu gewählte Fachverbandsausschuss setzt sich aus zwei Vertretern der Mitglieder, Dekan Joachim Botzenhardt aus Neuenbürg und Pfarrer Tilman Just-Deus aus Rottenburg sowie einem Vertreter der hauptberuflichen Leitungskräfte Diakonischer Bezirksstellen, Peter Böltz aus Calw, zusammen. Die Sprecherfunktion des Forums der Dienststellenleitungen übernimmt künftig Nadine Bernecker, Dienststellenleitung der Diakonischen Bezirksstelle Ditzingen, und für das Forum der Diakoniepfarrrer/innen Gabriele Ehrmann, Diakoniepfarrrerin im Kirchenkreis Stuttgart. Sie wird von Herrn Pfarrer Markus Arnold, Referent beim Dekan in Tuttlingen, vertreten.

Steffi Koch ist als Geschäftsführerin für die evangelische Erzieherausbildung in Württemberg eingesetzt worden. Die Diakonin verantwortet seit Oktober die Geschäftsführung von vier Evangelischen Fachschulen für Sozialpädagogik in Württemberg. Die beiden Vorsitzenden des Trägervereins, Oberkirchenrat Dieter Kaufmann und Diplom-Pädagogin Heidi Fritz, gestalteten den Festakt zur Amtseinführung in der Klosterkirche Herbrechtingen. Im Gottesdienst wurde außerdem Johannes Schick als Direktor der Evangelischen Fachschule Herbrechtingen eingesetzt. Der „Verein Evang. Ausbildungsstätten für Sozialpädagogik e. V.“ mit Sitz in Stuttgart ist professioneller Träger von Evangelischen Fachschulen in Württemberg. An den Standorten Herbrechtingen, Reutlingen, Schwäbisch Hall und Stuttgart werden Erzieherinnen und Erzieher ausgebildet.

Eva Hegele und Gertrud Lorentz sind neu im Aufsichtsrat bei Dienste für Menschen (DfM). Der Altenhilfe-Träger hat seinen Aufsichtsrat von drei auf fünf Mitglieder vergrößert und damit auch eine Entsendung aus dem Kreis der Mitarbeitenden verankert. Gertrud Lorentz besetzt als gewählte Vorsitzende der Gesamtmitarbeitervertretung eine der neuen Aufsichtsratspositionen. Eva Hegele verstärkt das erweiterte DfM-Aufsichtsgremium mit Kompetenz auf pflegfachlicher Seite. „Dienste für Menschen erfüllt als eines der ersten diakonischen Unternehmen die von der EKD empfohlene Beteiligung der Mitarbeitenden im Aufsichtsrat. Wir freuen uns, zwei neue hochkompetente Mitglieder in unserem Aufsichtsrat begrüßen zu können“, führt Peter Stoll, Vorsitzender der Geschäftsführung von Dienste für Menschen, an. **Eva Hegele** ist Referentin für den stationären Pflegebereich im Diakonischen Werk Württemberg, Stuttgart. Die studierte Gesundheits- und Sozialmanagerin engagierte sich als Lehrerin für Pflegeberufe und unterstützt die Entwicklung pflegfachlicher Standards durch Gremienarbeit. **Gertrud Lorentz** ist Vorsitzende der Gesamtmitarbeitervertretung bei Dienste für Menschen. Die medizinische Bademeisterin vertritt seit Langem die Interessen der Mitarbeitenden bei DfM und engagiert sich ehrenamtlich für die Belange von Menschen mit Handicap. Vorsitzender des DfM-Aufsichtsrats ist Dr. Robert Bachert, Finanzvorstand Diakonisches Werk Württemberg. Zum Gremium zählen weiterhin Kirchenverwaltungsleiter Martin C. Ritter, Evangelische Landeskirche Stuttgart, und Wolfgang Kölbl, abakus Consulting AG Waldburg. pm